



[B'90/Die Grünen, Löwengasse 27, 67346 Speyer]

Herrn
Oberbürgermeister
Hansjörg Eger
Maximilianstrasse 100

67346 Speyer

Bündnis 90/DIE GRÜNEN
Stadtratsfraktion

Klaus-Dieter H. Schütt
Löwengasse 27
67346 Speyer

Speyer, den 29.04.2011

Betr. :

Green-IT und Leitfaden für eine ökologische, faire, und soziale Beschaffung

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Eger,

wir bitten Sie, folgenden Antrag auf die Tagesordnung der Stadtratssitzung am 12.05.2011 zu setzen:

- 1. Die Verwaltung wird zukünftig bei der IT-Beschaffung neben der Wirtschaftlichkeit auch ökologische, faire, und soziale Kriterien als wesentliche Zuschlagskriterien berücksichtigen.**
- 2. In der ersten Stadtratssitzung im Jahr 2012, stellt die Verwaltung dem Stadtrat ein Konzept zur Umsetzung vor. Es soll Aussagen darüber enthalten, welche ökologischen, fairen und sozialen Kriterien bei der zukünftigen IT-Auftragsvergabe angewendet werden sollen und wie die praktische Umsetzung im Vergabeprozess aussehen wird.**
- 3. Langfristig sollen für alle Bereiche der öffentlichen Beschaffung der Stadt ökologische, faire und soziale Kriterien erarbeitet werden. Dazu wird die Verwaltung beauftragt, dem Stadtrat bis zur Sommerpause 2012 einen entsprechenden Leitfaden vorzulegen.**
- 4. Die bereits in der Stadtratssitzung vom 25.02.2010 beschlossenen Maßnahmen zur Verhinderung des Kaufs von Produkten aus ausbeuterischer Kinderarbeit sollen, sofern noch nicht speziell erarbeitet, in dem Leitfaden übernommen werden.**

Begründung

Informations- und Kommunikationstechnologien verbrauchen derzeit in Deutschland etwas mehr als 10% des Gesamtstrombedarfs. Das Ergebnis einer vom Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie erstellten Studie aus dem Jahr 2009, rechnet mit einer Zunahme des Verbrauchs in Höhe von 20% allein bis zum Jahr 2020.

Die zunehmende Digitalisierung der Verwaltung, macht Computer und andere IT-Technologien zu einem unverzichtbaren Bestandteil jeder Dienststelle. Öffentliche Einrichtungen kaufen jährlich etwa ein Fünftel aller in Deutschland verkauften Computer. Die Herstellung von Computern geschieht oft unter menschenunwürdigen Arbeitsbedingungen und zieht zum Teil erhebliche Umweltschäden nach sich. Seit einigen Jahren gibt es immer mehr Aktivitäten um dieser Entwicklung entgegenzusteuern.

Auch aus diesem Grund ist es für Bündnis 90/Die Grünen unverzichtbar, die Chancen zu nutzen, die die im Juli 2010 beschlossene **Novellierung der Vergabeordnung** eröffnet hat. Sie ermöglicht weitere **ökologische, faire und soziale Kriterien** bei der Vergabe von Aufträgen aufzustellen und anzuwenden.

Als öffentliche Auftraggeber besitzen Kommunen ein enormes wirtschaftliches Potenzial und üben zugleich eine wichtige Vorbildfunktion aus. Kommunen sind für rund die Hälfte der 350 Mrd. Euro, die bundesweit für die öffentliche Beschaffung durch Bund, Länder und Kommunen ausgegeben werden, verantwortlich. Das sind über 4.200 Euro pro Bürger und Jahr.

Mit "IT goes green" hat z. B. das Bundesumweltministerium einen neuen Förderschwerpunkt im Umweltinnovationsprogramm in Höhe von 25 Mio. € eingerichtet, Es soll dazu beitragen, die Informations- und Kommunikationstechnik energie- und ressourceneffizienter zu gestalten.

Das Bundesumweltministerium hat gemeinsam mit dem Umweltbundesamt, dem Beschaffungssamt des Bundesinnenministeriums und dem Verband BITKOM eine Reihe von Leitfäden für die umweltfreundliche Beschaffung im IT-Bereich erarbeitet. Diese sollen Beschafferrinnen und Beschaffer dabei unterstützen, Umweltaspekte zu berücksichtigen.

Ökologische Kriterien sind neben dem Energieverbrauch auch ressourcenschonende Aspekte wie die Recyclingfähigkeit, eine modulare Bauweise, eine Verminderung der Verpackungsvolumina, eine Rücknahmegarantie und eine gesicherte umweltgerechte Entsorgung.

Als Mindestanforderungen für die sozialen und gesundheitlichen Kriterien sollten zumindest folgende Kernarbeitsnormen der ILO berücksichtigt werden:

*Vereinigungsfreiheit und Recht auf Kollektivverhandlungen (Konventionen 87 und 98),
Abschaffung der Zwangsarbeit (Konventionen 29 und 105),
Abschaffung der Kinderarbeit (Konventionen 138 und 182) ,
Verbot der Diskriminierung in Beschäftigung und Beruf (Konventionen 100 und 111),
Recht auf existenzsichernde Löhne (Konvention 131) und
Recht auf sichere und gesunde Arbeitsbedingungen (Konventionen 115, 155 und 170)*

Fairer Handel ist wirkungsvolle Entwicklungszusammenarbeit und zugleich Förderung des Gemeinwesens vor Ort. Kreise, Städte und Gemeinden können die Ziele des Fairen Handels unterstützen, indem sie zum Beispiel fair gehandelte Produkte einkaufen und auf Güter verzichten, die durch ausbeuterische Arbeit oder unter Verletzung sozialer Mindeststandards hergestellt werden. Durch ein Engagement in diesem Zukunftsthema, können Kommunen einen wichtigen Beitrag zu einer gerechteren Handelsordnung leisten und zugleich ihr entwicklungspolitisches Profil stärken.

Mit freundlichen Grüßen

Gez. Johannes Jaberg
Fraktionsvorsitzender
Bündnis 90/Die Grünen

Klaus Schütt
Stadtrat
Fraktion Bündnis90/Die Grünen

eingegangen per E-Mail

Quellen:

<http://www.bmwi.de/BMWi/Navigation/Wirtschaft/Wirtschaftspolitik/oeffentliche-auftraege.did=190878.html>

<http://www.bmwi.de/BMWi/Redaktion/PDF/S-T/Sozialbelange,property=pdf,bereich=bmwi,sprache=de,rwb=true.pdf>

<http://www.bmwi.de/BMWi/Redaktion/PDF/U/Umweltbelange,property=pdf,bereich=bmwi,sprache=de,rwb=true.pdf>

<http://goodelectronics.org/>

<http://www.umweltbundesamt.de/produkte/beschaffung/informationen/allgemeines.html>

<http://www.itk-beschaffung.de/>

http://www.pcglobal.org/files/leitfaden_090324_klein.pdf

<http://www.service-eine-welt.de/beschaffungswesen/beschaffungswesen-start.html>

<http://www.staedtetag.de/10/schwerpunkte/artikel/00008/zusatzfenster60.html>